

Stadt Vetschau/Spreewald

Beschlussvorlage öffentlich	Vorlage-Nr: AZ: Datum: Amt: Verfasser:	BV-StVV-398-11 4-2-ro 05.10.2011 Fachbereich Bau Irena Roggatz				
Beratungsfolge			Anw.	Dafür	Dag.	Enth.
10.11.2011 Hauptausschuss						
10.11.2011 Ortsbeirat des Ortsteiles Raddusch						
14.11.2011 Ortsbeirat des Ortsteiles Repten						
16.11.2011 Ortsbeirat des Ortsteiles Missen						
16.11.2011 Ortsbeirat des Ortsteiles Göritz						
18.11.2011 Ortsbeirat des Ortsteiles Suschow						
22.11.2011 Ortsbeirat des Ortsteiles Naundorf						
23.11.2011 Ortsbeirat des Ortsteiles Laasow						
28.11.2011 Ortsbeirat des Ortsteiles Stradow						
29.11.2011 Ortsbeirat des Ortsteiles Koßwig						
01.12.2011 Stadtverordnetenversammlung Vetschau/Spreewald						
Betreff	Satzung der Stadt Vetschau/Spreewald über die Erhebung von Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebühren (Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebührensatzung)					

Beschluss:

Satzung der Stadt Vetschau/Spreewald über die Erhebung von Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebühren (Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebührensatzung)

Auf Grund der §§ 3 und 28 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I/08, S. 202), der §§ 1,2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I/04, S. 174), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Mai 2009 (GVBl. I/09, [Nr. 07], S. 160) sowie des § 49a des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 2009 (GVBl. I/09, S. 358), **zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18.10.2011 (GVBl. I/11,Nr. 24)** und § 5 der Straßenreinigungssatzung der Stadt Vetschau/Spreewald vom, hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald in der Sitzung am 01.12.2011 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Benutzungsgebühren

(1) Die Stadt erhebt für die von ihr nach Maßgabe der Straßenreinigungssatzung durchgeführte Straßenreinigung und Winterwartung der Fahrbahnen der öffentlichen Straßen Benutzungsgebühren nach § 6 KAG in Verbindung mit § 49a Abs. 4 Nr. 3 BbgStrG.

(2) Den Kostenanteil, der auf das allgemeine öffentliche Interesse an der Straßenreinigung und Winterwartung sowie auf die Reinigung der Straßen oder Straßenteile entfällt, für die eine Gebührenpflicht nicht besteht, trägt die Stadt.

§ 2

Gebührenmaßstab und Gebührensatz

(1) Maßstab für die Benutzungsgebühr sind die Grundstücksseite des Grundstücks entlang der Straße, durch die das Grundstück erschlossen ist (Frontlänge), die Straßenart und die

Reinigungszeiträume; Festlegungen dazu trifft die Anlage, welche Bestandteil dieser Satzung ist.

Grenzt ein durch die Straße oder den selbständigen Gehweg erschlossenes Grundstück (Hinterliegergrundstück) nicht an diese Straße, so wird an Stelle der Frontlänge die der Straße zugewandte Grundstücksseite zugrunde gelegt. Als der Straße zugewandt im Sinne des Satzes 2 gilt eine Grundstücksseite, wenn sie parallel oder in einem Winkel von weniger als 45° zur Straße verläuft. Grenzt ein durch die Straße erschlossenes Grundstück nicht an diese Straße und weist es im Übrigen keine ihr zugewandte Grundstücksseite auf, so wird die Frontlänge bzw. Grundstücksseite zugrunde gelegt, die sich bei einer gedachten Verlängerung dieser Straße in gerader Linie ergeben würde.

(2) Wird ein Grundstück von mehreren zu reinigenden Straßen erschlossen, so sind von jeder der erschließenden Straßen entsprechend Absatz 1 die in Betracht kommenden Grundstücksseiten zu ermitteln. Bei abgeschrägten oder abgerundeten Grundstücksgrenzen wird der Schnittpunkt der geraden Verlängerung der Grundstücksgrenzen zugrunde gelegt.

(3) Bei der Feststellung der Grundstücksseiten nach den Absätzen 1 und 2 werden Bruchteile eines Meters bis zu 50 cm einschließlich abgerundet und über 50 cm aufgerundet. Außerhalb der geschlossenen Ortslage werden nur bebaute Grundstücke veranlagt.

Nicht zur anrechnungsfähigen Grundstücksseite gehören landwirtschaftliche Nutzfläche Grünland, landwirtschaftliche Nutzfläche Ackerland und Wald.

(4) Bei einer 4-wöchentlichen Reinigung der Fahrbahn durch die Stadt beträgt die Benutzungsgebühr je Meter Grundstücksseite (Absätze 1 bis 3) jährlich:

- für Straßen, die als Anliegerstraßen, Haupterschließungsstraßen, Hauptverkehrsstraßen, als verkehrsberuhigte Bereiche eingestuft sind

0,57 Euro.

(5) Bei einer 8-wöchentlichen Reinigung der Fahrbahn durch die Stadt beträgt die Benutzungsgebühr je Meter Grundstücksseite (Absätze 1 bis 3) jährlich:

- für Straßen, die als Anliegerstraßen, Haupterschließungsstraßen, Hauptverkehrsstraßen, als verkehrsberuhigte Bereiche eingestuft sind

0,33 Euro.

(6) Bei einer Reinigung der Fahrbahn nach Erfordernis durch die Stadt (voraussichtlich zwei Reinigungen jährlich) beträgt die Benutzungsgebühr je Meter Grundstücksseite (Absätze 1 bis 3) jährlich:

- für Straßen, die als Anliegerstraßen, Haupterschließungsstraßen, Hauptverkehrsstraßen, als verkehrsberuhigte Bereiche eingestuft sind

0,24 Euro.

(7) Wird die Winterwartung der Fahrbahn durch die Stadt ausgeführt, so beträgt die Benutzungsgebühr jährlich je Meter Grundstücksseite (Absätze 1 bis 3):

- für Straßen, die als Anliegerstraßen, Haupterschließungsstraßen, Hauptverkehrsstraßen, als verkehrsberuhigte Bereiche eingestuft sind

1,99 Euro.

(8) Die Zugehörigkeit einer Straße zu den in den Absätzen 4, 5, 6 und 7 genannten Straßenarten sowie die Reinigungszeiträume ergeben sich aus der Anlage nach § 2 Abs. 1.

§ 3

Gebührenpflichtige

(1) Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des erschlossenen Grundstücks. Besteht für das Grundstück ein Erbbaurecht oder ein Nutzungsrecht für die in § 9 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes genannten natürlichen oder juristischen Personen des

privaten und des öffentlichen Rechts, so tritt an die Stelle des Grundstückseigentümers der Erbbauberechtigte oder der Nutzungsberechtigte.

Bei ungeklärten Eigentumsverhältnissen nimmt derjenige die Pflichten des Eigentümers wahr, der die tatsächliche Sachherrschaft über das Grundstück ausübt.

(2) Mehrere Gebührenpflichtige haben als Gesamtschuldner zu leisten.

(3) Im Falle eines Eigentumswechsels ist der neue Gebührenpflichtige vom Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Kalendermonat der Rechtsänderung folgt.

Der Eigentumswechsel ist durch den bisherigen und durch den neuen Gebührenpflichtigen der Stadt anzuzeigen und nachzuweisen.

(4) Die Gebührenpflichtigen haben auf Anforderung alle für die Berechnung der Benutzungsgebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Sie haben zu dulden, dass Beauftragte der Stadt das jeweils betroffene Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 4

Begriff des Grundstücks

(1) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt das im Grundbuch eingetragene Grundstück (Buchgrundstück). Bilden mehrere Grundstücke eine wirtschaftliche Einheit, so kann, unabhängig von der Eintragung im Grundbuch und im Liegenschaftskataster, auch das einheitliche Grundstück, als zusammenhängender Grundbesitz, das demselben Eigentümer gehört, betrachtet werden.

(2) Als erschlossen im Sinne dieser Satzung gilt ein Grundstück, wenn es rechtlich und tatsächlich eine Zugangsmöglichkeit oder Zufahrtsmöglichkeit zur Straße hat und dadurch eine innerhalb geschlossener Ortslagen der Stadt Vetschau/Spreewald übliche und sinnvolle wirtschaftliche Grundstücksnutzung ermöglicht wird.

Das gilt in der Regel auch, wenn das Grundstück durch Anlagen wie Gräben, Böschungen, Grünanlagen, Mauern oder in ähnlicher Weise von der Straße getrennt ist.

Liegt Wohnungseigentum oder Teileigentum vor, so ist das gesamte im Grundbuch erfasste Grundstück maßgebend.

§ 5

Entstehen, Änderung und Fälligkeit der Benutzungsgebühren

(1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Ersten des Monats, der auf den Beginn der satzungsmäßigen Reinigung der Stadt Vetschau/Spreewald folgt. Sie erlischt mit dem Ende des Monats, in dem die satzungsmäßige Reinigung der Stadt Vetschau/Spreewald endet. Die Gebühr wird als Jahresbetrag erhoben.

(2) Die Gebühren werden zu je einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig.

(3) Abweichend von Absatz 2 werden die Gebühren wie folgt fällig,

a) am 15. August in einem Jahresbetrag, wenn dieser fünfzehn Euro nicht übersteigt;

b) am 15. Februar und 15. August zu je einer Hälfte des Jahresbetrages, wenn dieser mehr als fünfzehn Euro beträgt und dreißig Euro nicht übersteigt;

c) einen Monat nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides für **vorangegangene Fälligkeitstage**.

(4) Auf Antrag des Gebührenpflichtigen kann die Gebühr abweichend von Absatz 2 oder Absatz 3 Buchstabe a und b am 01. Juli in einem Jahresbetrag entrichtet werden.

Der Antrag muss spätestens bis zum 30. September des vorangehenden Kalenderjahres gestellt werden.

(5) Ändern sich die Grundlagen für die Berechnung der Gebühr, so mindert oder erhöht sich die Benutzungsgebühr vom Ersten des Monats an, der der Änderung folgt. Falls die Reinigung aus zwingenden Gründen für weniger als 5 Wochen in der Zeit vom 01.04. – 30.10. des Jahres eingestellt werden muss, besteht kein Anspruch auf Gebührenminderung.

(6) Die Benutzungsgebühren für die Straßenreinigung und Winterwartung werden mit dem Veranlagungsbescheid über Steuern und Abgaben festgesetzt.

§ 6

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 (4) als Gebührenpflichtiger die verlangten Auskünfte nicht, nicht vollständig oder unrichtig für die Berechnung der Gebühren erteilt.

2. entgegen § 3 (3) den Eigentumswechsel als bisheriger bzw. als neuer Gebührenpflichtiger der Stadt nicht anzeigt und nicht nachweist.

(2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße in einer Höhe von fünf Euro bis eintausend Euro geahndet werden.

(3) Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der jeweils gültigen Fassung. Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG ist der Hauptverwaltungsbeamte.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2012 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Vetschau/Spreewald über die Erhebung von Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebühren (Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebührensatzung) vom 03.03.2009 außer Kraft:

Anlage

Straßenreinigungsverzeichnis gemäß § 2 Abs. 1

Vetschau/Spreewald,

Bengt Kanzler
Bürgermeister

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald stimmt der beiliegenden Gebührenkalkulation zu.

Anlage: Gebührenkalkulation

Beschlussbegründung:

Die Straßenreinigungssatzung der Stadt Vetschau/Spreewald vom 23.09.2008 war aufgrund der Rechtsprechung und der zweiten Änderung des Straßengesetzes, Beschluss des Landtages vom 28.09.2011, zu überarbeiten.

Die Straßenreinigungssatzung (BV-StVV-343-11) bildet die Grundlage für die Kalkulation der Benutzungsgebühren für die Straßenreinigung und Winterwartung.

Die letzte Kalkulation fand für die am 26.02.2009 beschlossene Satzung (BV-StVV-059-09) statt. Die Kalkulation ist somit für 2012 und 2013 erforderlich. Gemäß § 6 (3) Kommunalabgabengesetz (KAG) sind die Benutzungsgebühren spätestens alle zwei Jahre zu kalkulieren.

Grundlage für die Kalkulation bilden die Kosten laut BAB für die Jahre 2008 bis 2010. Das veranschlagte Gebührenaufkommen für 2012 – 2013 soll die voraussichtlichen Kosten nicht übersteigen und in der Regel decken. Die Kalkulation ist als Anlage beigefügt.

Nach der Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebührensatzung vom 03.03.2009 gelten noch folgende Gebühren:

für 4-wöchentliche Reinigung der Fahrbahn	=	0,19 €/m Grundstücksseite
für 8-wöchentliche Reinigung der Fahrbahn	=	0,10 €/m Grundstücksseite
für Reinigung der Fahrbahnen nach Erfordernis	=	0,08 €/m Grundstücksseite
für die Winterwartung der Fahrbahnen	=	1,31 €/m Grundstücksseite

Aufgrund von Klageverfahren wurde in 2011 durch den Verwaltungsrichter die rückwirkende (antizipierte) Gebührenerhebung der Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebührensatzung vom 03.03.2009 beanstandet, das heißt, dass rückwirkende Inkrafttreten der Satzung war unzulässig. Es ist somit dringend erforderlich, diese Satzung zu heilen. **Für die Rechtmäßigkeit der Gebührenerhebung ab 2012 ist es erforderlich diese Satzung noch 2011 zu beschließen und zu veröffentlichen.**

Der Brandenburger Landtag hat am 28.09.2011 das zweite Gesetz zur Änderung des Straßengesetzes beschlossen. Diese Änderungen haben Auswirkungen für die Straßenreinigungssatzung. Das Gesetz ist seit 19.10.2011 rechtskräftig. Aufgrund dessen erfolgten noch Ergänzungen in der Beschlussvorlage.

Eine frühere Bearbeitung der Straßenreinigungssatzung und der Gebührensatzung war nicht möglich, da die Änderungen des Gesetzes berücksichtigt werden sollten.

Änderungen gegenüber der jetzigen gültigen Satzung sind in der Beschlussvorlage fett gedruckt.

Finanzielle Auswirkungen:

JA: X

NEIN:

Betrag:

Aufwand / Auszahlung aus dem Produkt:	
Ertrag / Einzahlung in Produkt	545501
Konto / Maßnahme:	432101 Winterwartung 432103 Straßenreinigung

Mittel stehen zur Verfügung

JA:

NEIN:

gem. Haushaltsplan (Produkt / Konto / Maßnahme)	
im Rahmen des Budgets	
Über / Außerplanmäßig - gemäß Beschluss der StVV (Beschlussnummer und Beschlussdatum angeben)	
oder	
- gemäß Verwaltungsverfügung gemäß § 5 Abs. 3 der Haushaltssatzung (Datum der Verfügung angeben)	

Stellungnahme Finanzverwaltungsamt:

Mitarbeiter	Sachbearbeiter	Amtsleiter	Bürgermeister
-------------	----------------	------------	---------------